

KK1 Niedersachsen kohlefrei!

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Tagesordnungspunkt: 9. Klimakrise entschärfen: Ursachen jetzt angehen und Folgen abmildern

- 1 Kohleverbrennung ist der Klimakiller Nummer 1. Diese Dinosauriertechnologie
- 2 haben wir längst nicht mehr nötig. Sie blockiert den Weg zu einer nachhaltigen
- 3 Energieversorgung. Daher setzen wir uns auch in Niedersachsen für einen
- 4 schnellstmöglichen Kohleausstieg ein.
- 5 Unser grünes Szenario mit einer Versorgung durch 100% Erneuerbare Energien, auch
- 6 in den Sektoren Wärme und Verkehr, können wir bis 2040 in Niedersachsen
- 7 erreichen – wenn nun rasch mutige politische Maßnahmen beschlossen werden.
- 8 Die letzten Wochen haben gezeigt, dass wir Grüne dafür großen Rückhalt in der
- 9 Bevölkerung haben: Eine Mehrheit von 75 Prozent der Menschen in Deutschland
- 10 wollen einer Umfrage zufolge einen schrittweisen Kohleausstieg, 67 Prozent sogar
- 11 bis 2025. Sie erwarten von den Parlamenten und Regierungen mehr konsequentes
- 12 Handeln für Klimaschutz. [\[1\]](#)
- 13 Eine wachsende Zahl insbesondere junger Menschen bringt ihre Meinung zusätzlich
- 14 durch ihr Engagement in der Klimagerechtigkeitsbewegung zum Ausdruck. Sie
- 15 organisieren und beteiligen sich an zahlreichen Aktionen – auch in
- 16 Niedersachsen. Beispielsweise im September bei der Demo gegen das geplante
- 17 Kohlekraftwerk in Stade, bei dezentralen Solidaritätsbekundungen zum Hambacher
- 18 Wald oder mit Forderungen zum Divestment, also dem Abziehen von Geld aus umwelt-
- 19 und klimaschädlichen Anlagen.
- 20 Mit ca. 50.000 Menschen war die Kundgebung am 6. Oktober 2018 am Hambacher Wald
- 21 eine der größten Klimaschutz-Demos, die es in Europa jemals gab. Hier hat sich
- 22 über Wochen gezeigt, wie gleichzeitig die Empörung über RWE und die Solidarität
- 23 für die entschlossenen und friedlichen Aktivist*innen wuchs. Die Menschen haben
- 24 genug von einem Politikstil, der sich wie die Schwarz-Gelbe Landesregierung in
- 25 NRW zum Steigbügelhalter der Großkonzerne macht und jedes gesetzliche
- 26 Schlupfloch sucht, um die fossile Vormachtstellung von Unternehmen wie RWE zu
- 27 stützen.
- 28 Die aktuelle gesellschaftliche Debatte über die Zukunft der Braunkohle-Reviere
- 29 im Rheinland und in der Lausitz darf uns nicht vergessen lassen, dass auch in
- 30 Niedersachsen derzeit elf Steinkohlekraftwerksblöcke am Netz sind: in
- 31 Wilhelmshaven, Uelzen, Hannover, Braunschweig, Mehrum (Landkreis Peine) und
- 32 Wolfsburg. Damit sind 16 Prozent des in Niedersachsen produzierten Stroms aus
- 33 Kohlekraft.
- 34 Einige der Kraftwerke produzieren neben Strom auch Wärme und speisen diese ins
- 35 Fernwärmenetz der Städte Hannover, Wolfsburg und Braunschweig ein – ca. 200.000
- 36 Haushalte in Niedersachsen haben somit Kohleenergie in ihren Heizungen.
- 37 Niedersachsen ist also nicht nur Windenergieland Nummer 1, sondern leider auch
- 38 weiterhin Kohle-Land.
- 39 Dazu kommt, dass der Chemiekonzern DOW in Stade ein neues Kohlekraftwerk bauen
- 40 lassen will – vollkommen absurd, während eine Kohleausstiegs-Kommission in
- 41 Berlin über den Ausstieg in Deutschland diskutiert.

42 Die Kraftwerksbetreiber in Braunschweig (BS Energy) und Wolfsburg (VW Kraftwerk
43 GmbH) haben stattdessen bereits entschieden, von Kohle auf andere Energieträger
44 umzustellen und zwar bis spätestens 2022.

45 Die heftige gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung um Kohleausstieg
46 und Energiewende macht deutlich: Es geht in den kommenden Monaten um ganz
47 entscheidende Weichenstellungen. Gelingt es uns, den Pfad der Erneuerbaren und
48 des Energiesparens umso ambitionierter fortzusetzen und die fossilen
49 Konkurrenten Schritt für Schritt aus dem Energiesystem zu verbannen? Oder
50 verliert Deutschland endgültig den Anschluss an internationale Trends und
51 Entwicklungen?

52 Auch arbeitsmarktpolitisch steht insbesondere für Niedersachsen verdammt viel
53 auf dem Spiel: ca. 37.000 Menschen arbeiten in unserem Bundesland allein in der
54 Windenergiebranche. Durch das Hinauszögern und Abbremsen der Energiewende durch
55 die Große Koalition im Bund schwankt die Branche jedoch gefährlich. Nur durch
56 einen zügigen Umstieg auf Erneuerbare können wir dauerhaft ökonomisch und
57 ökologisch profitieren.

58 Wir fordern die Landesregierung auf,

- 59 • die **Energiewende** in Niedersachsen ambitioniert und zügig fortzusetzen und
60 sich deswegen für rechtliche Rahmenbedingungen – auch auf Bundesebene für
61 das verbindliche und endgültige Abschalten von Kohlekraftwerken
62 einzusetzen.
- 63 • das vorliegende **Klimagesetz** mit verbindlichen Klimazielen für
64 Niedersachsen zügig zu beschließen und umzusetzen.
- 65 • jeglichen **Neubau** von Kohlekraftwerken und insbesondere den geplanten
66 Neubau in Stade wirksam zu **verhindern**.
- 67 • auf die Eigentümer EPH und Uniper einzuwirken, ihre fast 40 bzw. über 42
68 Jahre alten Kraftwerke in Mehrum (Landkreis Peine) und Wilhelmshaven
69 sofort (spätestens bis Ende 2019) **stillzulegen**.
- 70 • insbesondere in der Küstenregion Investitionen in **Wind-Wasserstoff-**
71 **Technologien** (Power-to-X) anzureizen und somit **neue Arbeitsplätze** zu
72 schaffen – u.a. rund um Wilhelmshaven und Stade.
- 73 • eine umfassende **Divestment-Strategie** zu erarbeiten und dafür zu sorgen,
74 schnellstmöglich sämtliche Geldanlagen des Landes Niedersachsen aus der
75 Fossilwirtschaft abzuziehen und Investitionen der öffentlichen Hand im
76 Sinne der Pariser Klimaziele in nachhaltige und verantwortungsbewusste
77 Anlagen umzuwandeln, wie einige Kommunen es bereits beschlossen haben.
- 78 • sich für einen **CO2-Mindestpreis** im Rahmen des Emissionshandels und für
79 eine **CO2-Bepreisung** auf Heizöl und Erdgas im Wärmesektor sowie beim
80 Verkehr einzusetzen (vgl. *LDK-Beschluss „Faire Preise für CO2-Emissionen,
81 Investitionen in die Energiewende belohnen – für ein zukunftsfähiges und
82 (kosten)gerechtes Energiesystem“ vom 4. Dezember 2016*).
- 83 • insbesondere ihre Position im **VW-Aufsichtsrat** zu nutzen, um den Umstieg
84 auf 100% Erneuerbare Energieversorgung in diesem Konzern zügig
85 voranzutreiben. Der Ersatz-Neubau von fossilen Erdgas-Kraftwerken ist
86 keine Alternative zum Erreichen der Klimaschutzziele!

- 87 • die Betreiber der Kohlekraftwerke in Braunschweig (BS Energy), Wolfsburg
 88 (VW) und Hannover (Enercity), die auch Energie fürs Wärmenetz produzieren,
 89 beim Umstieg auf 100% Erneuerbare zu unterstützen. Damit die **Wärmenetze**
 90 möglichst schnell **klimatefreundlich** werden, brauchen wir einen Mix
 91 verschiedener dezentraler Erneuerbarer Techniken sowie
 92 industrieller/gewerblicher Abwärme. Dafür ist eine kommunale Wärmeplanung
 93 wichtig.
- 94 • sich für effektive **Energieeinsparung** im Gebäudebestand und für mehr
 95 Erneuerbare im Wärmesektor einzusetzen (vgl. LDK-Beschluss „Erfolgreiche
 96 *Energiewende braucht eine Politik der Fairen Wärme*“ vom 29. Mai 2016).
- 97 • einen Aktionsplan für die energetische Sanierung der eigenen
 98 Liegenschaften und die Umstellung der Energieversorgung auf 100%
 99 Erneuerbare Energien vorzulegen, um die **Energiewende in den eigenen**
 100 **Liegenschaften** zu beschleunigen und bis spätestens 2030 zu vollenden.
- 101 • wirksame Maßnahmen umzusetzen, damit Niedersachsen seinen Beitrag leistet,
 102 um den absoluten **Endenergieverbrauch** in Deutschland bis zum Jahr 2050 zu
 103 **halbieren**. Denn eine relative Energieeffizienzsteigerung allein reicht
 104 nicht aus.

105 [1][https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2018-05-](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2018-05-07_energie_kohle_studie_-_soziale_akzeptanz.pdf)
 106 [07_energie_kohle_studie_-_soziale_akzeptanz.pdf](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2018-05-07_energie_kohle_studie_-_soziale_akzeptanz.pdf)

Begründung

Der Anfang Oktober 2018 veröffentlichte Bericht des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) stellt unmissverständlich klar: Politisches Handeln gegen die Klimakrise ist so dringend nötig wie nie. Eine der wichtigsten Maßnahmen, um schnell eine größere Menge Treibhausgase zu reduzieren, ist Kohlekraftwerke abzuschalten oder in ihrer Produktion deutlich zu drosseln (beispielsweise weniger Tage pro Jahr im Einsatz zu sein).

Insgesamt haben die Steinkohlekraftwerke in Niedersachsen im Jahr 2015 rund 13 Mio. Tonnen CO₂ emittiert, damit beträgt der Anteil der Kohlendioxidemissionen in Niedersachsen aus Steinkohle rund 20 Prozent.

Neben der Relevanz für den Klimaschutz sind die fossilen Energieträger noch aus weiteren Gründen abzulehnen: aus gesundheitlichen Gründen, aus ökologischen und weil für ihre Gewinnung z.T. Menschenrechte verletzt werden. So verursachen die Luftschadstoffe aus Kohlekraftwerken eine hohe Zahl an Kreislauf- und Atemwegserkrankungen. Und nicht nur das Verbrennen der Kohle führt zu Problemen. Auch ihr Abbau verursacht fatale ökologische Schäden in den Exportländern wie in Russland, Kolumbien, USA, Südafrika und Polen bevor sie nach Deutschland transportiert wird.

Unterstützer*innen

Imke Byl (Gifhorn KV); Filiz Polat (Osnabrück-Land KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Hans-Jörg Kohlenberg (Schaumburg KV); Christian Meyer (Holzminden KV); Udo Seefeld (Heidekreis KV); Jonas Graeber (Osnabrück-Stadt KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Christopher Steiner (Hannover RV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Rasmus Grobe (Verden KV); Dirk-Claas Ulrich (Göttingen KV); Simon Schütte (Oldenburg-Land KV); Liam Harrold (Hannover RV); Thomas Schuler

(Harburg-Land KV); Ewald Fiedler (Diepholz KV); Hans-Joachim Janßen (Wesermarsch KV); Reinhard Lonsing (Harburg-Land KV); Jonathan Thurow (Hildesheim KV); Sebastian Heilmann (Lüneburg KV); Susanne Menge (Oldenburg-Stadt KV); Detlev Schulz-Hendel (Lüneburg KV); Andreas Hoffmann (Braunschweig KV); Ann-Cathrin Neumann (Oldenburg-Stadt KV); Helge Limburg (Nienburg KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Anja Piel (Hameln-Pyrmont KV); Antonius Jaekel (Lüneburg KV); Ulrike Siemens (Wolfenbüttel KV); Anka Dobslaw (Lüneburg KV)